

Was ein Mindestlohn-Plus für den Nordwesten bedeutet

WIRTSCHAFT Wie regionale Experten und Betroffene den Vorschlag von 12,41 Euro bewerten

VON SVENJA FLEIG

IM NORDWESTEN – Der Mindestlohn in Deutschland soll von derzeit zwölf Euro die Stunde zum nächsten Jahr um 41 Cent und ein Jahr später weiter auf 12,82 Euro steigen. Das hat die unabhängige Mindestlohnkommission vorgeschlagen, wobei die Entscheidung zum ersten Mal in ihrer Geschichte nicht einvernehmlich fiel. Die Arbeitnehmerseite forderte ein deutlicheres Plus und wurde am Ende überstimmt. Was bedeutet der Vorschlag für den Nordwesten und wie schätzen ihn regionale Experten ein?

■ DIE BESCHÄFTIGTEN

Von einem höheren Mindestlohn profitieren besonders häufig Menschen, die einen Minijob ausüben oder in Branchen wie etwa dem Gastgewerbe und der Fleischindustrie arbeiten. Die letzte Erhöhung im Oktober 2022 dürfte sich im Oldenburger Land und in Ostfriesland auf dem Gehaltszettel von rund 140 000 Beschäftigten niedergeschlagen haben. So viele Arbeitnehmer verdienen nach Berechnungen des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) der gewerkschaftsnahen Hans-Böckler-Stiftung im vergangenen September noch weniger als zwölf Euro die Stunde.

Besonders hoch war der An-

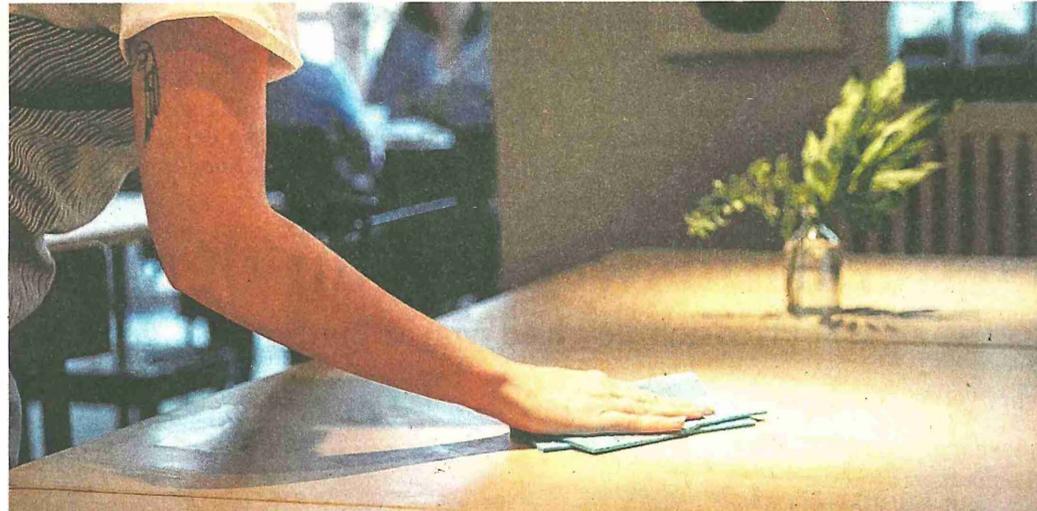
teil der Geringverdiener demnach in den Landkreisen Cloppenburg und Oldenburg sowie in Delmenhorst, wo der Studie zufolge mehr als jeder Vierte betroffen war. Über dem Bundesschnitt von 17,8 Prozent landeten auch die Landkreise Wittmund, Vechta, Aurich und Leer, die Stadt Wilhelmshaven, das Ammerland und Friesland. Geringer fiel der Anteil dagegen in den Städten Oldenburg und Emden und in der Wesermarsch aus.

■ DIE GEWERKSCHAFTERIN

Den aktuellen Vorschlag der Mindestlohnkommission nennt Dorothee Koch „ernüchternd“. Die Geschäftsführerin des Deutschen Gewerkschaftsbunds (DGB) für die Region Oldenburg und Ostfriesland rechnet vor: Die geplante Erhöhung entspreche gerade einmal 3,4 Prozent mehr – das bedeute angesichts der hohen Inflation enorme Reallohnverluste für die Betroffenen. Es hätte 14 Euro die Stunde gebraucht, um die Menschen der untersten Einkommensgruppe spürbar zu entlasten und sie vor der Armutsfalle im Alter zu bewahren, sagt Koch. „Beschämend sind die paar Cent Steigerung!“

■ DER ARBEITGEBER

„Wir sind mit einem blauen Auge davongekommen“, sagt



DPA-BILD: ALBERT

Von einem höheren Mindestlohn profitieren häufig Minijobber oder Menschen, die in Branchen wie dem Gastgewerbe arbeiten. Der Niedriglohnsektor ist im Nordwesten überdurchschnittlich stark ausgeprägt.

Dr. Karsten Tech. Der Hauptgeschäftsführer des Arbeitgeberverbandes (AGV) Oldenburg verweist darauf, dass die Wirtschaft nach wie vor mit den Folgen der Corona-Krise und des Krieges in der Ukraine kämpfe. Mittelfristig sei nicht auszuschließen, dass steigende Personalkosten die Preise noch weiter treiben. Und es bleibe abzuwarten, ob sich der Zugang zum Arbeitsmarkt für weniger qualifizierte Menschen erschwere.

Zuletzt hatte die Ampel-Koalition den Mindestlohn ausnahmsweise per Gesetz auf zwölf Euro angehoben. Der aktuelle Vorschlag der Kommission orientiere sich immerhin annähernd an der Entwicklung

der Tariflöhne, sagt Tech. Es sei an der Zeit, dass „wieder Vernunft und Augenmaß“ in die politische Debatte einkehrten. „Der Mindestlohn darf auch in Zukunft nicht mehr als parteipolitisches Werbeargument missbraucht werden.“

■ DER REGIONALWISSENSCHAFTLER

Ein Mindestlohn-Plus um 41 Cent würde für den Nordwesten eine sinkende Kaufkraft bedeuten, sagt Dr. Uwe Kröcher, der die Kooperationsstelle Hochschule-Gewerkschaften der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg leitet. Bei einer Erhöhung von 12 auf 12,41 Euro steige der Lohn nur um 3,4 Pro-

zent. Im selben Zeitraum betrage die Inflation je nach Berechnungsmodell aber 9,7 bis 10,9 Prozent. Dabei treffe die Inflation gerade Geringverdiener, da sie einen größeren Anteil ihres Einkommens für Lebensmittel und Energie ausgeben müssen, die sich besonders stark verteuert haben. „Für unsere Region hat diese geringe Anhebung des Mindestlohns besonders negative Auswirkungen, da hier Niedriglohnsektoren überdurchschnittlich stark vertreten sind“, sagt Kröcher.

Ohnehin sei Deutschland dazu angehalten, bis Ende des nächsten Jahres eine EU-Richtlinie umzusetzen, wonach die Lohnuntergrenze bei mindes-

tens 60 Prozent des mittleren Lohns (Median) in Deutschland liegen muss. Das wären eher 14 Euro.

■ DER VOLKSWIRT

Als „maßvoll“ bezeichnet Professor Dr. Bernhard Köster den Vorschlag der Kommission – „nicht zuletzt aufgrund der gegenwärtigen schwierigen wirtschaftlichen Situation“. Köster hat an der Jade Hochschule in Wilhelmshaven eine Professur für Volkswirtschaftslehre und quantitative Methoden und hat verglichen, wie sich der Mindestlohn und die Inflation seit 2015 entwickelt haben. Damals führte Deutschland als eine der letzten Industrienationen eine gesetzliche Lohnuntergrenze ein.

Steige der Mindestlohn zum Januar auf 12,41 Euro, so bedeute das über den gesamten Zeitraum ein Plus von 46 Prozent, erläutert Köster. Damit dürfte der Mindestlohn, auf die gesamte Zeit betrachtet, um rund 20 Prozentpunkte stärker gestiegen sein als die Verbraucherpreise. Bei dieser Annahme stützt sich Köster auf die gängigen Inflationsprognosen der Wirtschaftsinstitute für das laufende Jahr. Die Problematik der aktuell geäußerten Kritik liege darin begründet, „dass der rein politisch initiierte Sprung auf zwölf Euro zu Beginn der steigenden Inflation nicht berücksichtigt wird“.